



DER VORSITZENDE

Oberbürgermeisterin der Stadt Wuppertal
Frau Miriam Scherff
Rathaus
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

23. Januar 2026

Straßenbaubeitragsforderungen in Wuppertal

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

kurz vor Ablauf des letzten Jahres wurden seitens der Stadt Wuppertal Bescheide über die Festsetzung und Erhebung von Straßenbaubeiträgen versandt, die sich auf nach dem 1.1.2018 beschlossene Baumaßnahmen beziehen.

Aufgrund der Regelungen im Kommunalabgabengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen und den einschlägigen Förderrichtlinien wäre für diese abgerechneten Baumaßnahmen eine Förderung seitens des Landes Nordrhein-Westfalen möglich und dadurch vermeidbar gewesen, die betroffenen Bürgerinnen und Bürger Ihrer Stadt zur Zahlung von Straßenbaubeiträgen heranzuziehen.

Bekanntlich hat sich der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen mit der bisher größten Volksinitiative der Landesgeschichte für die Abschaffung der Straßenbaubeiträge stark gemacht und damit auch letztlich die Abschaffung des Straßenbaubeitrags erreicht. Die als Zwischenschritt vom Land gewählte Lösung eines Förderprogramms haben wir stets als unnötig bürokratisch kritisiert. Aus Bürgersicht bedeutete aber auch bereits dieser Zwischenschritt – korrekte Handhabung der einschlägigen Regelungen vorausgesetzt – die faktische Abschaffung des Straßenbaubeitrags für alle nach dem 1.1.2018 beschlossenen Baumaßnahmen.

Aus unserer Sicht ist es völlig inakzeptabel, dass in Ihrer Stadt Bürgerinnen und Bürger trotzdem noch zu Straßenbaubeiträgen für solche Baumaßnahmen herangezogen werden. Die Betroffenen dürfen nicht die Leidtragenden sein, wenn entweder die einschlägigen Vorschriften durch die Stadt Wuppertal nicht ausreichend umgesetzt worden sind oder diese seitens des Landes Nordrhein-Westfalen zu eng ausgelegt werden.

Vor diesem Hintergrund wird auch die Rechtmäßigkeit der Beitragsforderungen noch näher zu prüfen sein. Den Betroffenen werden wir dringend raten, zunächst umgehend fristwährend Widerspruch gegen die Beitragsbescheide zu erheben.

Mit Ihnen würde ich mich gerne zeitnah austauschen, wie wir als Verband in dieser Angelegenheit weiter vorzugehen gedenken und wie eine zufriedenstellende Lösung erreicht werden könnte.

Mit freundlichen Grüßen


Rik Steinheuer

PS: Dieses Schreiben werden wir über die Medien auch der Öffentlichkeit zuleiten.